ROLF STÜRMER

WAS WILL DER NATIONALSOZIALISMUS?

EINE SACHLICHE UNTERSUCHUNG

1.-5. TAUSEND

1930

VERLAG VON O.E. RÖSICKE / BERLIN-STEGLITZ

INHALT

Einleitung..................... 3
I. Adolf Hitler und die Bewegung 5
II. Die Grundlagen des nationalsozialistischen Staates 9
III. Das Programm der Partei................................... 12
IV. Der Sozialismus der N. S. D. A. P....................... 18
V. Literatur 20

*

/

Umschlagzeichnung: H. Skrodski

Einleitung.

Zur tiefsten Wahrheit des deutschen Geistes zurückzufinden
ist der Beruf unserer Zeit. Othmar Spann.

Die Wahlschlacht ist geschlagen. Größer, als ihn Freund und Feind vermuteten, ist der Sieg der Nationalsozialisten. Mit elementarer Wucht haben sie sich zur zweitgrößten Partei durchgekämpft, nicht um zu rasten, sondern ohne Pause dem Ziele zuzueilen. Welchem? Diese Frage soll diese Schrift beantworten. Sie will es

sachlich und ohne Tendenz.

Wenn Millionen Deutsche sich zu der roten Fahne mit dem Hakenkreuz bekennen, wenn die nationalsozialistische Bewegung unter den bisherigen Nichtwählern und Jungwählern scharenweise Anhänger fand, wenn es ihr wieder gelang, eine Bresche in den Marxismus zu schlagen, dann ist es notwendig, sich zu fragen: Wohin führt der Weg?

Oft wird die Bewegung verkannt! Ein schiefes Bild entsteht, wenn der Freund sich begeistert zu ihr bekennt, der Feind sie auf das schärfste und in oft unsachlicher Weise bekämpft.

Und darum sei den folgenden Ausführungen, die sich in erster Linie mit der

praktischen Zielsetzung

der nationalsozialistischen Bewegung befassen, der Sinn, der Schlüssel der elementaren Stoßkraft vorangestellt. Die geistigen Vorläufer sind Paul de Lagarde, Houston Stewart Chamberlain, Möller van den Bruck und Othmar Spann.

Bewußt wenden sich große Teile vor allem des jungen Deutschland von jener materiellen Lebensauffassung ab, die in den letzten Jahren in Deutschland vorherrschend war. In ihnen ist der Glaube lebendig an jenen Idealismus, der sich im Kampf für Volk und Vaterland für das Qanze einsetzt und so den nationalen Sozialismus verkörpert.

Berlin-Steglitz, Herbst 1930.

Rolf Stürmer.

I. Adolf Hitler und die Bewegung.

Eng verbunden ist mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ihr Führer: Adolf Hitler. Der jungen reichsdeutschen Partei, die sich erst durch seinen Eintritt in das Sieben-Männer-Kollegium der „Deutschen Arbeiterpartei" 1919 bildete, wurde er der Programmator, Wegweiser und Führer.

Geboren als Sohn eines österreichischen Zollbeamten, lernte er als Knabe, wie er selbst im 1. Bande seines „Kampfes" schildert, durch einen über den üblichen Rahmen hinausragenden Geschichtslehrer frühzeitig Österreich als Nationalitätenstaat in seinem historischen Werden erkennen. In Wiener Lehrjahren, während Hitler als Bauarbeiter sich das Geld zur Weiterbildung verdiente, wuchs in ihm — durch das Elend des Wiener Arbeiters, durch den krassen Gegensatz zwischen strahlendem Reichtum und abstoßender Armut — das soziale Verständnis. Er fühlte, daß hier nicht „ Wohlfahrtsduseleien", sondern nur die Beseitigung grundsätzlicher Mängel helfen konnte. Er sah, wie in den Familien, zu vielen Personen in einem Raum zusammengepfercht, die politische Vergiftung ihren Eingang fand, wie Lehrer und Schule zu Haus in der Arbeiterfamilie beschimpft wurden, wie der junge Mensch, der Schule entwachsen, mit Unmoral von zu Haus bereits erfüllt, auch durch seine geringe Bildung nicht die geschichtlichen Kenntnisse hatte, die ihn überhaupt ein „Vaterland" verstehen ließen.

So gewann schon der junge Bauarbeiter Hitler die Erfahrung:

> „Die Frage der „Nationalisierung" eines Volkes ist mit in erster Linie eine Frage der Schaffung gesunder sozialer Verhältnisse als Fundament einer Erziehungsmöglichkeit des einzelnen. Denn nur wer durch Erziehung und Schule die kulturelle, wirtschaftliche, vor allem aber politische Größe des eigenen Vaterlandes kennen lernt, vermag und wird auch jenen inneren Stolz gewinnen, Angehöriger eines solchen Volkes sein zu dürfen. Und kämpfen kann ich nur für etwas, das ich liebe, lieben nur, was ich achte, und achten, was ich mindestens kenne."

Hitler vertrat unter den Kollegen seine Erkenntnis und seinen Standpunkt. Er kannte die Schriften der Sozialdemokraten oft besser als seine Widersacher. Die Erwiderung der anderen mußte versagen. Da trat der Terror ein. Oftmals wurde der für sein Deutschtum begeistert kämpfende Arbeiter durch seine Kollegen gezwungen, die Arbeitsstätte zu verlassen.

Aus dieser Zeit stammt folgende Erkenntnis, die für die Arbeit der Bewegung erfolgreiche Früchte trug: „Der Terror auf der Arbeitsstätte, in der Fabrik usw. wird immer von Erfolg begleitet sein, solange nicht ein gleich großer Terror entgegendringt" und „Wird der Sozialdemokratie eine Lehre von besserer Wahrhaftigkeit, aber gleicher Brutalität entgegengestellt, wird diese siegen, wenn auch nach schwerstem Kampfe".

Hitler erlebte das Versagen des Bürgertums in der Besserung sozialer Verhältnisse. Er sah auf der anderen Seite das dadurch leichte Spiel der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft für ihre Ideen einzufangen. Den Schlüssel zum Erfassen der inneren und damit wirklichen Absichten der Sozialdemokratie sieht Hitler in der Kenntnis des Judentums. Er verfolgte „die Arbeit der jüdischen Wiener Presse, die Tätigkeit der völkischen Parteien, die oft mit wenig Geschick arbeiteten". Und er sah vor allem „den Juden als Führer der sozialdemokratischen Partei und als Leiter der sozialdemokratischen Presse". Sein Urteil ist: „Die jüdische Lehre des Marxismus lehnt das aristokratische Prinzip der Natur ab und setzt an Stelle des ewigen Vorrechtes der Kraft und Stärke die Masse der Zahl und ihr totes Gewicht."

Hitler besuchte in Wien fleißig das Parlament, wo ihn der „Mangel an Verantwortung" besonders abstieß, er erlebte den allmählichen Zusammenbruch der Donaumonarchie. Im Frühjahr 1912 kam Hitler nach München. Den Krieg machte er als Soldat in einem bayerischen Regiment mit. 1919, nach München zurückgekehrt, begann seine politische Arbeit. In München hatten sich unter dem Namen „Deutsche Arbeiterpartei" 20—25 Männer, meist der unteren Volksschichten, zusammengefunden, die „noch unklar die Sehnsucht nach einer neuen Bewegung empfanden". Hitler trat ihr bei, um in ihr mit seiner Erfahrung zu arbeiten.

Die Arbeit der jungen Partei, die sich bald Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei nannte, war vor allem auf die Erfassung der breiten Masse des Volkes gerichtet. Das Bild von 1918 sieht Hitler wie folgt: „Ein Volk ist in zwei Hälften zerrissen. Die eine, weitaus kleinere, umfaßt die Schichten der nationalen Intelligenz unter Ausschluß aller körperlich Tätigen. Sie ist äußerlich national, vermag sich aber unter diesem Worte etwas anderes als eine sehr fade und schwächliche Vertretung sogenannter staatlicher Interessen, die wieder identisch erscheinen mit dynastischen, nicht vorzustellen. Sie versucht, ihre Gedanken und Ziele mit geistigen Waffen zu verfechten, die ebenso lückenhaft wie oberflächlich sind, der Brutalität des Gegners gegenüber aber an sich schwer versagen. Ihr steht als zweite Klasse gegenüber die breite Masse der handarbeitenden Bevölkerung. Sie ist in mehr oder minder radikal marxistischen Bewegungen zusammengefaßt, entschlossen, jeden geistigen Widerstand durch die Macht der Gewalt zu brechen. Sie will nicht national sein ... sie ist ziffernmäßig die stärkere . . ."

Die Frage der Wiedergewinnung der politischen Macht des deutschen Volkes ist, nach Hitler, in erster Linie eine Frage der Gesundung unseres nationalen Selbsterhaltungstriebes. „Begreift man aber, daß die Wiedererhebung der deutschen Nation eine Frage der Wiedergewinnung unseres politischen Selbsterhaltungswillens darstellt, so ist es auch klar, daß dem nicht genügt wird durch Gewinnung von an sich schon wenigstens dem Wollen nach nationalen Elementen, als vielmehr nur durch die Nationalisierung der bewußt antinationalen Masse."

In taktischer Hinsicht ergab sich daraus eine Reihe von Forderungen:

1. Um die Masse der nationalen Erhebung zu gewinnen, ist kein soziales Opfer zu schwer.
2. Die nationale Erziehung der breiten Masse kann nur über den Umweg einer sozialen Hebung stattfinden, da ausschließlich durch sie jene allgemein wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die dem einzelnen gestatten, auch an den kulturellen Gütern der Nation teilzunehmen.
3. Die Nationalisierung der breiten Masse kann niemals erfolgen durch Halbheiten, durch schwaches Betonen eines sogenannten Objektivitätsstandpunktes, sondern durch rücksichtslose und fanatisch einseitige Einstellung auf das nun einmal zu erstrebende Ziel.
4. Die Gewinnung der Seele des Volkes kann nur gelingen, wenn man außer dem positiven eigenen Kampf für die eigenen Ziele zugleich den Träger des Gegenteils vernichtet.
5. Ursächliche Bedeutung besitzt unter allen Fragen nur eine, die Frage der rassischen Erhaltung des Volkstums.
6. Die Eingliederung der heute im internationalen Lager stehenden breiten Masse unseres Volkes in eine nationale Volksgemeinschaft bedeutet keinen Verzicht auf die Vertretung berechtigter Standesinteressen.

   Die Eingliederung eines Klasse gewordenen Standes in die Volksgemeinschaft oder auch nur in den Staat erfolgt nicht durch das Herabsteigen höherer Klassen, sondern durch das Hinaufheben der unteren. Träger dieses Prozesses kann niemals die höhere Klasse sein, sondern die für ihre Gleichberechtigung kämpfende untere.

   So wird das Reservoir, aus dem die junge Bewegung ihre Anhänger schöpfen soll, in erster Linie die Masse unserer Arbeitnehmer sein. Finden sich in den Kreisen der nationalen Intelligenz Menschen mit wärmsten Herzen für ihr Volk und seine Zukunft, erfüllt von tiefster Erkenntnis für die Bedeutung des Kampfes um die Seele dieser Masse, sind sie in den Reihen dieser Bewegung als wertvolles geistiges Rückgrat hoch willkommen.

7. Diese einseitige, aber dadurch klare Stellungnahme hat sich auch in der Propaganda der Bewegung auszudrücken. **Verzichtet die Propaganda auf die Urwüchsigkeit der Ausdrucksweise, findet sie nicht den Weg zum Empfinden der breiten Masse.**
8. Das Ziel einer politischen Reformbewegung wird nie erreicht werden durch Aufklärungsarbeit oder durch Beeinflussung herrschender Gewalten, sondern nur durch die Erringung der politischen Macht.
9. **Die Bewegung ist ihrem Wesen und ihrer inneren Organisation nach antiparlamentarisch.** Sie vertritt im kleinsten wie im größten den **Grundsatz einer germanischen Demokratie:** Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben.

Mit Punkt 10 lehnt die Bewegung Stellungnahmen zu Fragen, die entweder außerhalb des Rahmens ihrer politischen Arbeit liegen oder für sie als nicht von grundsätzlicher Bedeutung belanglos sind, entschieden ab. „Ihre Aufgabe ist nicht die einer religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes. Die Bewegung sieht endlich ihre Aufgabe nicht in der Wiederherstellung einer bestimmten Staatsform und im Kampfe gegen eine andere, sondern in der Schaffung derjenigen grundsätzlichen Fundamente, ohne die auf die Dauer weder Republik noch Monarchie bestehen können."

Der Punkt 11 beschäftigt sich mit der inneren Organisation der Bewegung, Einteilung in Landesverbände, Ortsgruppen usf.

Im Punkt 12 wird von dem Erfolg gesprochen, der in der unerbittlichen fanatischen Verkündung und Vertretung der eigenen Lehre liegt.

Der Punkt 13 richtet sich gegen jüdische Verleumdungen.

Der Punkt 14 verlangt, daß die Bewegung die Achtung vor der Person zu fördern hat.

Neben der Mitgliederorganisation entstand zum Schutz der großen Massenversammlungen gegen Angriffe der Marxisten ein Ordnerdienst, der grundsätzlich lauter junge Menschen umfaßte, um Terror durch Terror zu brechen. Hitler schreibt: „Die junge Bewegung stand vom ersten Tage an auf dem Standpunkt, daß ihre Idee geistig zu vertreten ist, daß aber der Schutz dieser Vertretung, wenn notwendig, auch durch brachiale Mittel gesichert werden muß." Diese Ordnertruppe erhielt nach einer Versammlungsschlacht im Münchener Hofbräuhaus, wo Marxisten eine Versammlung der nationalsozialistischen Bewegung, die damals noch sehr jung war, zu sprengen versuchten, zur Erinnerung an „die heldenmütigen Sturmangriffe der kleinen Zahl von damals" den Namen: **Sturmabteilung-S. A.** Mit dem Wachsen der Bewegung wurde sie ausgebaut. Bewußt sollte sie **keine Wehrbewegung** sein, da Hitler einsah, daß man bei heutigen Anforderungen, in einer wöchentlich ein- oder zweistündigen Ausbildung keinen Soldaten schaffen kann. Die S. A.

sollte auch keine Geheimorganisation sein, da „die nationalsozialistische Bewegung nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer braucht, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer fiir die nationalsozialistische Weltanschauung".

„Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen, und nicht durch Dolch und Gift oder Pistole kann der Bewegung die Bahn freigemacht werden, sondern durch die Eroberung der Straße. Wir haben dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herr der Straße der Nationalsozialismus ist, genau so, wie er einst der Herr des Staates sein wird."

Nach diesen Gesichtspunkten von Hitler arbeitet die S. A. auch heute. Sie ist in ihrer geschlossenen Disziplin im Wahlkampf und für die anderen propagandistischen Aufgaben der Partei das feste Rückgrat der Bewegung.

II. Die Grundlagen des nationalsozialistischen Staates.

Hitler sagt im 2. Bande seines „Kampfes", daß man im allgemeinen drei Auffassungen vom Staat unterscheiden könne:

A. Die Gruppe derjenigen, die im Staat einfach eine mehr oder weniger freiwillige Zusammenfassung von Menschen unter eine Regierungsgewalt erblicken. Aus einem Mittel wird der endgültige Zweck gemacht. . . .

B. Die zweite Gruppe knüpft an das Vorhandensein eines Staates wenigstens einige Bedingungen. Gleiche Sprache, Förderung des Wohles der Untertanen. Vom Staate erwartet sie die günstige Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens des einzelnen. Sie urteilt mithin von praktischen Gesichtspunkten aus und nach allgemein wirtschaftlichen Rentabilitätsanschauungen.

C. Die dritte, die ziffernmäßig schwächste, erblickt im Staat bereits ein Mittel zur Verwirklichung von meist sehr unklar vorgestellten machtpolitischen Tendenzen eines sprachlich ausgeprägten und geeinten Staatsvolkes. — Auch in dieser dritten Gruppe gilt der Staat in gewissem Sinne noch immer als Selbstzweck, die Staatserhaltung mithin als die höchste Aufgabe des menschlichen Daseins.

Er fährt dann fort:

„Alle diese Anschauungen haben ihre tiefste Wurzel nicht in der Erkenntnis, daß die kulturellen und wertebildenden Kräfte wesentlich auf rassischen Elementen beruhen und daß der Staat also sinngemäß als seine höchste Aufgabe die Erhaltung

und Steigerung der Rasse zu betrachten hat, dieser Grundbedingung aller menschlichen Kulturentwicklung. Die grundsätzliche Erkenntnis ist die, daß der Staat keinen Zweck, sondern ein Mittel darstellt. Er ist wohl die Voraussetzung zur Bildung einer höheren menschlichen Kultur, allein nicht die Ursache derselben. Diese liegt vielmehr ausschließlich im Vorhandensein einer zur Kultur befähigten Rasse. Die Voraussetzung zum Bestehen eines höheren Menschentums ist nicht der Staat, sondern das Volkstum, das hierzu befähigt ist."

Die Erkenntnis:

„ Der Staat ist ein Mittel zum Zweck. Sein Zweck liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen. Diese Erhaltung selber umfaßt erstlich den rassenmäßigen Bestand und gestattet dadurch die freie Entwicklung aller in dieser Rasse schlummernden Kräfte. Von ihnen wird immer wieder ein Teil in erster .Linie der Erhaltung des physischen Lebens dienen und nur der andere der Förderung einer geistigen Weiterentwicklung. Tatsächlich schafft aber immer der eine die Voraussetzung für das andere. — Staaten, die nicht diesem Zwecke dienen, sind Fehlerscheinungen, ja Mißgeburten.

Der höchste Zweck des völkischen Staates ist die Sorge um die Erhaltung derjenigen rassischen Urelemente, die, als kulturspendend, die Schönheit und Würde eines höheren Menschentums schaffen. Wir als Arier vermögen unter einem Staat uns also nur den lebendigen Organismus eines Volkstums vorzustellen, der die Erhaltung dieses Volkstums nicht nur sichert, sondern es auch durch Weiterbildung seiner geistigen und ideellen Fähigkeiten zur höchsten Freiheit führt.

Die Güte eines Staates kann nicht bewertet werden nach der kulturellen Höhe oder der Machtbedeutung dieses Staates im Rahmen der übrigen Welt, sondern ausschließlich nur nach dem Grade der Güte dieser Einrichtung für das jeweils in Frage kommende Volkstum."

Hitler sieht auch die Rassenvermischung in Deutschland; er fordert Erhaltung und Förderung der unverletzt gebliebenen edelsten Bestandteile unseres Volkstums. Das Deutsche Reich soll als Staat alle Deutschen umschließen mit der Aufgabe, aus diesem Volke die wertvollsten Bestände an rassischen Urelementen nicht nur zu sammeln und zu erhalten, sondern langsam und sicher zur beherrschenden Stellung emporzuführen.

Die Erziehung muß dementsprechend eingestellt sein:

1. Körper,
2. Charakter,
3. Geist.

Nach der Schulzeit verlangt er weitere Erziehung (z. B. Heer).

Nach Beendigung der Heeresdienstleistung werden zwei Zeugnisse ausgestellt:

Staatsbürgerdiplom, das öffentliche Betätigung gestattet.
Gesundheitsattest, das die Bestätigung körperlicher Gesundheit für die Ehe enthält.

Der völkische Staat teilt nach Hitler seine Bewohner in drei Klassen: In Staatsbürger, Staatsangehörige und Ausländer. Durch Geburt ist man Staatsangehöriger. Die Führung öffentlicher Ämter, politische Rechte stehen nur den Staatsbürgern zu. Der Ausländer unterscheidet sich vom Staatsangehörigen dadurch, daß er eine Staatsangehörigkeit in einem fremden Staate besitzt.

Hitler fordert auch eine neue Wertung der Arbeit: Neben der materiellen eine ideelle. *Eine zu große Differenzierung der Lohnverhältnisse muß verhütet werden.*

Hitlers völkischer Staat baut nicht auf dem Gedanken der Majorität, sondern auf dem der Persönlichkeit auf. „Sie (die Persönlichkeit) erkennt nicht nur den Wert der Rasse, sondern auch die Bedeutung der Person und bestimmt sie mithin zu den Grundpfeilern ihres ganzen Gebäudes. **Die beste Staatsverfassung und Staatsform ist diejenige, die mit natürlicher Sicherheit die besten Köpfe der Volksgemeinschaft zu führender Bedeutung und zu leitendem Einfluß bringt.** Es gibt keine Majoritätsentscheidungen, sondern nur verantwortliche Personen, und das Wort „Rat" wird wieder zurückgeführt auf seine ursprüngliche Bedeutung. Jedem Mann stehen wohl Berater zur Seite, aber die Entscheidung trifft ein Mann."

Zur **Frage Einheit oder Bundesstaat** äußert sich Hitler wie folgt: „Ein kraftvolles nationales Reich, das die Interessen seiner Bürger nach außen im höchsten Umfange wahrnimmt und beschirmt, vermag nach innen Freiheit zu bieten, ohne für die Festigkeit des Staates bangen zu müssen. Andererseits kann aber eine kraftvolle nationale Regierung selbst große Eingriffe in die Freiheit des einzelnen sowohl als der Länder ohne Schaden für den Reichsgedanken vornehmen und verantworten, wenn der einzelne Bürger in solchen Maßnahmen ein Mittel zur Größe seines Volkstums erkennt." Er fährt dann fort, daß alle Staaten der Welt in ihrer inneren Organisation einer gewissen *Vereinheitlichung* entgegen gingen und auch Deutschland hierin keine Ausnahme machen wird. Besonders der Unfug einzelner Bundesstaaten, Vertretungen zu unterhalten, müsse aufhören. Die Bedeutung der Einzelstaaten wird nach Hitler künftig überhaupt nicht mehr auf staats- und machtpolitischem Gebiet liegen, sondern auf stammesmäßigem oder kulturpolitischem. Hitler fordert Ständekammern und ein zentrales Wirtschaftsparlament.

Er betont aber besonders, daß die gesamte Kraft der Bewegung zum politischen Kampf zusammengeballt werden müsse. Je mehr sich die Nationalsozialisten v o r z e i t i g mit Gewerkschafts-, Siedlungs- und ähnlichen Problemen belasten, um so geringer werde der Nutzen für ihre Sache, als Ganzes genommen, sein.

Eine der wichtigsten Fragen für den Nationalsozialismus ist die des Raumes: den Boden in Einklang zu bringen mit der Volkszahl. Nicht Kolonie, auch keine Ostorientierung, sondern **Erwerbung von Ackerland im Osten** ist für Hitler die Aufgabe. In außenpolitischer Hinsicht sieht er E n g l a n d und I t a l i e n als die für Deutschland zu gewinnenden Bundesgenossen an.

III. Das Programm der Partei.

> „Die N.S.D.A.P. übernimmt aus dem Grundgedankengang einer allgemeinen völkischen Wettvorstellung die wesentlichen Grundzüge, bildet aus denselben, unter Berücksichtigung der praktischen Wirklichkeit, der Zeit und des vorhandenen Menschenmaterials sowie seiner Schwächen, ein politisches Glaubensbekenntnis, das nun seinerseits in der so ermöglichten straffen organisatorischen Erfassung großer Menschenmassen die Voraussetzung für die siegreiche Durchfechtung dieser Weltanschauung selber schafft." Hitler.

In 25 Punkten haben die Nationalsozialisten ein Programm aufgestellt, in dem sie ihre Forderungen vertreten .

Sie sind u. a.:

Zusammenschluß aller Deutschen: Groß-Deütschland,

Gleichberechtigung des deutschen Volkes, Aufhebung des Versailler Vertrages,

Land und Boden (Kolonien) für Ansiedlung des Bevölkerungs-Überschusses,

nur Volksgenossen als Staatsbürger (keine Juden),

Fremde sind Gäste, die unter Fremdengesetzgebung stehen,

Ämter können nur durch Staatsbürger ausgeübt werden,

bei Ernährungsschwierigkeiten sind Nicht-Staatsbürger auszuweisen,

die Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern, Nicht-Deutsche, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sind auszuweisen,

alle Staatsbürger haben gleiche Rechte und Pflichten,

erste Pflicht des Staatsbürgers ist es, geistig oder körperlich zu schaffen, deshalb Brechung der Zinsknechtschaft; Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, restlose Einziehung aller Kriegsgewinne,

Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben,
Ausbau der Altersversorgung,
Schaffung eines gesunden Mittelstandes, Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser, schärfste Berücksichtigung kleiner Gewerbetreibender zur Lieferung an den Staat,
Bodenreform: Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses, Verhinderung jeder Bodenspekulation (Punkt 17) 1),
Kampf gegen diejenigen, die das Gemeininteresse schädigen,
Todesstrafe für Schieber und Wucherer,
Ersatz des römischen Rechtes durch ein deutsches Gemeinrecht,
Ausbau des Volksbildungswesens,
Hebung der Volksgesundheit, (.Verbot der Jugendarbeit, Einrichtung eines Volksheeres, deutsche Zeitungen, ^Freiheit der religiösen Bekenntnisse,
starke Zentralgewalt des Reiches, Bildung von Stände- und Berufskammern (die dem deutschen Wesen entsprechende Staatsform ist die in einer obersten Spitze vereinigte souveräne Amtsführung. Monarch oder Präsident bleibt Volksabstimmung überlassen. — Die Zusammensetzung des deutschen Volkes bedingt die weitestgehende Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten).

„Gemeinnutz vor Eigennutz" bezeichnen die Nationalsozialisten als die Gesinnung des Programms und „Brechung der Zinsknechtschaft" als das Herzstück des Nationalsozialismus. Der staatspolitische Grundsatz ist: „Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen", der wirtschaftspolitische: „Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht eine möglichst hohe Rentabilität für das Leihkapital", der finanzpolitische: „Das Geldwesen steht im Dienste des Staates, die Geldgewaltigen dürfen keinen Staat im Staate bilden", der sozialpolitische: „Das allgemeine Wohl ist oberstes Gesetz".

---

1 Hierzu gab Adolf Hitler am 13. April 1928 folgende Erklärung ab: „Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programmes der N. S. D. A. P. von Seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der au! unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften."

Zur **Brechung der Zinsknechtschaft** sind vom Abg. Feder 10 Forderungen aufgestellt (Jung: Der nationale Sozialismus):

1. Die Kriegsanleihestücke und alle übrigen Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten, alle Eisenbahnanleihen und die Schuldverschreibungen aller Selbstverwaltungskörper werden unter Aufhebung der Zinspflicht zu gesetzlichen Zahlungsmitteln im Nennwerte erklärt oder in Bankguthaben umgewandelt.
2. Bei allen übrigen festverzinslichen Papieren, Pfandbriefen, gewerblichen Schuldbriefen, Haus- und Grundschulden usw. tritt an Stelle der Zinspflicht die Rückzahlungspflicht. Nach 20 bis 25 Jahren ist somit je nach der Höhe der bisherigen Verzinsung das geliehene Geld zurückbezahlt und die Schuld erloschen.
3. Das gesamte Geldwesen wird in der Hand des Staates zusammengefaßt, der in Staatsbank und Staatshauptkasse alle Rechte und Aufgaben der staatlichen Geld- und Wirtschaftshoheit ausübt. Alle Bankbetriebe und ebenso die Postscheckkassen, Sparkassen, Darlehnsgenossenschaften werden als Zweigunternehmungen der Staatsbank geführt und damit bei völliger Freiheit im einzelnen der wirksamen Aufsicht des höchst verantwortlichen Gemeinwesens unterstellt.
4. Haus- und Bodenbeleihung findet nur durch die Staatsbank statt. Darlehnsgewährung auf Waren oder Arbeitskraft wird dem freien Geldvermittlungsgewerbe überlassen, das in strenger Standeszucht aufzubauen ist. Es darf nur unter staatlicher Aufsicht und mit staatlicher Genehmigung betrieben werden, die bezirksweise nach vorhandenem Bedürfnis und unter Verbot der Errichtung von Zweigstellen erteilt wird. Die Gebühren werden durch die Staatshauptkasse festgesetzt.
5. Gewinnanteilpapiere werden ähnlich wie die bisher fest verzinslichen Werte in jährlichen Abzahlungen getilgt. Während der Tilgungsfrist wird im Gegensatz zu den nur zu tilgenden mündelsicheren Papieren entsprechend der Verlustgefahr ein angemessener Gewinn an die Gesellschafter ausgeschüttet. Der weitere Überschuß wird zur Besserung der Arbeitsbedingungen, zu Erweiterungen des Unternehmens, Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, Steigerung der Erzeugung oder Senkung der Preise verwendet.
6. Die Vermögensumschichtung und -anhäufung durch Kriegsgewinn, - Schieberwesen und Wucher muß durch gesetzliche Maßnahmen ausgeglichen und abgebaut werden. Dagegen ist die Grenze für steuerfreie Einkommen und Spargelder der gesunkenen Kaufkraft des Geldes entsprechend zu ziehen.
7. An Zinsenempfänger, die infolge Alters, Krankheit usw. nicht in der Lage sind, ihren Unterhalt zu verdienen, werden die

bisherigen, zum Teil sogar höhere Erträgnisse aus ihrem Wertpapierbesitz au! Lebensdauer (Leibrente, nicht unter dem tatsächlichen Mindestbedarf) von Staats wegen weiter bezahlt. Die Wertpapiere sind dafür einzuliefern. Für Jugendliche ohne Versorger ist in ähnlicher Weise Unterhalt und Ausbildung zu sichern. Auch ist für diejenigen ausreichend zu sorgen, die durch den bestehenden verschleierten Staatsbankrott um ihr Auskommen betrogen sind.

8. Unterstützungskassen, gemeinnützige Stiftungen, deren Erträgnisse Ausbildungszwecken oder der Linderung unverschuldeter Not dienen und die auf ihre Zinsen angewiesen sind, sind durch die Allgemeinheit zu übernehmen.
9. Der Staat deckt seinen Geldbedarf für gemeinnützige Aufgaben (Verwaltung, Rechtspflege, Fürsorge, Kunst und Wissenschaft) aus den Überschüssen seiner gewinnbringenden Staatsbetriebe sowie aus Vermögens- und Einkommensteuern. Die Kosten für Neuschöpfungen bestreitet er durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine nach Genehmigung durch die Volksvertretung.
10. Aus den bei zinsloser Volkswirtschaft gesicherten Überschüssen wird jedem Hand- und Kopfarbeiter, der es nötig hat, von einer Altersgrenze von 50—60 Jahren ab (je nach Beruf) ein auskömmliches Ruhegehalt aus öffentlichen Mitteln gewährt und ihm dadurch die Sorge für sein Alter genommen.

Jung behauptet, daß diese Forderungen sich ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens Schritt für Schritt verwirklichen lassen. Feder selbst weist noch in Ergänzung dieses Plans auf die Forderung der Schaffung einer gemeinnützigen B a u - u n d W i r t s c h a f t s - bank (Währungsreform) zur Gewährung zinsloser Darlehen hin.

Zur **Verstaatlichung der Betriebe** äußert sich Jung wie folgt: „Nach unserer Ansicht nun sollen **nur jene Großbetriebe, welche Privatmonopole darstellen,** in die öffentliche Hand überführt, d. h. gemeinwirtschaftlich betrieben werden, also in erster Linie jene, welche mit der Gewinnung von Bodenschätzen, Kohle, Wasserkräften u. dgl. sich befassen; dann das Verkehrswesen, ferner das Versicherungswesen und das Anzeigen- (Inseraten-) Wesen. Die Vergesellschaftung der Grundrente durch die Bodenreform und die Beseitigung des Zinses stellen den Rest unserer Vergesellschaftungsmaßnahmen dar. Alles andere ist nach unserer Meinung nicht bloß nicht reif, sondern für die Sozialisierung überhaupt nicht geeignet."

Diese anderen Betriebe sollen nach Jung auf dem Wege der Gewinnbeteiligung aller in ihnen körperlich oder geistig Arbeitenden, d. h. aller in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach und nach aus privaten Einzelbetrieben in genossenschaftliche Betriebe umgewandelt werden.

Zur Bodenreform gibt Jung folgende Vorschläge (Der nationale Sozialismus):

1. Um die Grundrente möglichst zu erfassen, ist der gesamte Grund und Boden, also landwirtschaftlich genutzte Fläche, Brachland, Baugrund — u. zw. nur der nackte Boden ohne Baulichkeiten — nicht mehr nach dem Ertrag, sondern nach seinem Verkaufswert (Marktpreis), dem sogenannten „gemeinen Wert" zu besteuern. Diese Steuer ist je nach Größe und Verwendungszweck entsprechend zu staffeln;
2. das Bauen in die Luft ist nicht gestattet, d. h. die Anzahl der zulässigen Stockwerke wird beschränkt;
3. Staat oder Gemeinde genießen bei allen Grundverkäufen das Vorkaufsrecht, und es besteht ihnen gegenüber ein Angebotszwang;
4. Verstaatlichung des Grundbesitzverkaufs;
5. Staat oder Gemeinde können jederzeit den Grund und Boden zu dem vom Eigentümer versteuerten Werte erstehen;
6. Verstaatlichung des Realkredits;
7. Festsetzung einer Verschuldungsgrenze;
8. im deutschen Volksstaat können nur Deutsche Grund besitzen (siehe auch „Deutsches Recht").

Für das Deutsche Recht, das die Nationalsozialisten anstreben, stellt Jung folgendes Gerippe auf (Der nationale Sozialismus):

1. Das gesamte deutsche Siedlungsgebiet in Europa bildet den Deutschen Volksstaat. Er ist berufen, die politische Freiheit des deutschen Volkes zu wahren und seine kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Das Auslandsdeutschtum steht unter seinem Schutze. Uber die Staatsform entscheidet eine Volksabstimmung.
2. Bürger im Deutschen Volksstaat kann nur der Deutschblütige (Arier) sein. Fremdblütlinge (Juden usw.) — auch wenn sie hier geboren oder seit altersher ansässig sind — genießen unter keinen Umständen Heimatsrecht, sondern stehen unter Fremdenrecht und unterliegen eigenen Fremdensteuern. Ihr Zuzug bedarf der Genehmigung der Staatsregierung und der Gemeinden.
3. Im Falle des Zweifels ist die Deutschblütigkeit bis in den dritten Grad (Urgroßeltern väterlicher- und mütterlicherseits) nachzuweisen.
4. Kinder aus Mischehen folgen der „ärgeren Hand", Ist also z. B. ein Elternteil jüdisch, so wird das Kind als Jude betrachtet. Taufe spielt keine Rolle. Bei unehelichen Kindern wird die Vaterschaft erhoben.
5. Grund und Boden darf nur der Staatsbürger besitzen und erwerben.

6. Jeder Bürger unterliegt der Wehrpflicht. Diejenigen, welche zum Dienste mit der Waffe ungeeignet sind, haben während der Zeit des Wehrdienstes Arbeit im Dienste des Volkswohls zu verrichten.
7. Jeder Staatsbewohner unterliegt der Arbeitspflicht.
8. Grund und Boden ist grundsätzlich Allgemeingut. Jeder Bürger hat das Recht auf Zuweisung von mindestens soviel Boden, als zur Anlage einer Wohnheimstätte erforderlich ist (500—1000 m^2). Über die weitere Regelung der Besitzverteilung, Leistung von Abgaben u. dgl. siehe „Bodenreform".
9. Das Geld ist eine öffentliche Einrichtung. Seine Ausgabe, die Regelung seines Verkehrs steht allein dem Staate zu. Weiteres siehe unter „Brechung der Zinsknechtschaft".
10. Die Presse ist eine öffentliche Einrichtung. Ihr Anzeigenteil unterliegt der Aufsicht der Gemeinde oder des Staates.
11. Verkehr und Versicherungswesen sind öffentliche Einrichtungen.
12. Die Grundlage des Staates bildet die Gemeinde. Entsprechend den zwei Aufgaben des Staates als wirtschaftlicher und politischer Körper erfolgt schon in ihr der Aufbau nach beiden Richtungen. Der weitere Aufbau geschieht im Bezirk, Gau, Kreis (Landschaft, Provinz) bzw. im Stammesverband (Bundesstaat). Alle Vertretungen bestehen aus zwei Kammern.
13. Das Erziehungswesen untersteht im allgemeinen den Selbstverwaltungskörpern. Es wird von ihnen nach einheitlichen leitenden Grundsätzen geregelt. Der Pflege der körperlichen Ertüchtigung durch Turnen, Spiel und Wandern, der Heimats- und Stammeskunde ist ein reges Augenmerk zu widmen.
14. Die öffentlichen Beamten werden von den Selbstverwaltungskörpern bestellt.

Und er hängt folgende Bemerkung an:

„Diese Grundsätze erheben natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sollen, wie schon betont, nichts weiter als einen Rahmen abgeben."

Der Abgeordnete Feder, der von Hitler das endgültige Entscheidungsrecht in allen Fragen des Programms zugesprochen erhielt, stellte für die Kulturpolitik u. a. noch folgende Grundsätze auf: Volle Religions- und Gewissensfreiheit, **besonderer Schutz der christlichen Glaubensbekenntnisse,** Unterdrückung und Fernhaltung von Glaubenslehren, die dem deutschen Sittlichkeitsgefühl zuwiderlaufen und deren Inhalt staats- und volkszerstörenden Charakter trägt, Unterdrückung aller schädigenden Einflüsse in Schrifttum, Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel, Freiheit der Lehre auf den deutschen Hochschulen.

IV. Der Sozialismus der N.S.D.A.P.

Nicht nur dem Namen nach ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eine sozialistische Partei. Programm und Schrifttum beweisen, daß sie es bewußt sein will. So hat gerade auch die Kritik aus politischen Rechtskreisen hieran Anstoß genommen. Dr. Q u e s t e r, der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Mittelrhein der Deutschnationalen Volkspartei, schreibt in einer Broschüre „Der Nationalsozialismus" (1930): „Der Nationalsozialismus ist nicht nur Nationalsozialismus, sondern ebenso b e w u ß t e r S o z i a l i s m u s. Völlig irrig sozialer Nationalismus, sondern nationaler Sozialismus." Er bezeichnet den Nationalsozialismus als eine Form des S t a a t s s o z i a l i s m u s: „S e h r weitgehend sind die geforderten Eingriffe des Staates in das Privatwirtschaftsleben, die nicht nur praktisch bis zur Aushöhlung des Eigentumsbegriffes, sondern auch zur weitgehenden Verstaatlichung und zur staatlichen Regelung führen." „

Was verstehen die Nationalsozialisten unter Sozialismus?

Jung schreibt: „Der Sozialismus richtet seinen Blick stets auf die Gesamtheit, im Gegensatz zum Individualismus, für welchen der einzelne Mensch schlechthin Gegenstand der Betrachtung bildet. Der Sozialismus wird daher den einzelnen, sein Leben und Wirken, stets der Gesamtheit nutzbar zu machen suchen. Er wird also etwaige Bestrebungen, des einzelnen, die der Gesamtheit Schaden bringen können, einzudämmen suchen, während der Individualismus das „Freie Bahn dem Tüchtigen", d. h. schrankenloses Ausleben des einzelnen, predigt. Dafür läßt er auch den vermeintlich Untüchtigen, d. h. oft den keineswegs Unfähigen, aber nicht genug Rücksichtslosen, seelenruhig zugrunde gehen, während der Sozialismus die Anschauung verficht, daß die Gesamtheit verpflichtet ist, sich des einzelnen anzunehmen, ihn sittlich, geistig und wirtschaftlich zu stützen. — Dies kann entweder aus rein materialistischen Erwägungen heraus, aus dem Gebote christlicher Nächstenliebe oder endlich aus völkischen Gründen geschehen. Je nachdem hat man es mit **jüdisch-marxistischem, christlichem oder nationalem Sozialismus** zu tun. Man kann weiter unter der „Gesamtheit" ein Volk oder die sogenannte Menschheit verstehen und gelangt so zur Unterscheidung zwischen nationalem und internationalem Sozialismus. International ist sowohl der christliche wie der marxistische."

Dr. G o e b b e l s (L e n i n oder Hitler?) setzt dann diese Gedanken wie folgt fort: „Die Parole des Marxismus heißt: Klassenkampf gegen das Kapital! Da setzt unsere **nationalsozialistische Kritik an Marx** ein. Marx, selbst Jude, kennt nur eine Art des Kapitals. Und doch besteht zwischen Kapital und Kapital ein himmelweiter Unterschied. — Wir Nationalsozialisten **unterscheiden ein schaffendes, ein nationales Staatskapital und ein raffendes, ein inter-**

nationales Leihkapital." Und weiter: „Für uns ist das Kernproblem unserer Tage die Lösung der sozialen Frage. Soziale Frage nicht im Sinne von weniger Arbeit und mehr Lohn. Soziale Frage ist für uns die Frage nach der Verständigungsmöglichkeit und -fähigkeit der Volksgenossen untereinander." Oder auch so (Wege ins Dritte Reich): „Ich denke sozialistisch, wenn ich die natürlichen Rechte des unterdrückten Teils meiner Volksgenossen als Rechte gewahrt wissen will . . ., wenn ich für diese Rechte eintrete . . aus den Erkenntnissen staatlicher Notwendigkeit und völkischer Gerechtigkeit heraus."

Und Graf Reventlow schreibt in seinem Aufsatz „Sozialismus" (Volk. Beobachter, 10. März 1930): „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verspricht ihrem Namen gemäß Sozialismus; es ist selbstverständlich, daß sie ihr Versprechen einlösen wird. Sonst würde sie sich selbst verneinen."

Die vorstehende Schrift abschließend, seien zur Klärung über das Ziel des Nationalsozialismus nachfolgende zwei Zitate angeführt:

Jung schreibt (Nationaler oder internationaler Sozialismus): „Wir haben immer zu bedenken, daß unser Ziel weiter gesteckt ist, und daß wir voraussichtlich stets eine Minderheit bleiben werden, weil wir — des großen Zieles wegen — zu viel verlangen müssen."

Und ähnlich äußert sich Hitler (Mein Kampf): „--------kann die Verwirklichung der letzten Absicht des Programmatikers nie erfolgen, da wohl der menschliche Gedanke Wahrheiten zu erfassen, kristallklare Ziele aufzustellen vermag, allein die restlose Erfüllung derselben an der allgemeinen menschlichen Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit scheitern wird. Je abstrakt richtiger und damit gewaltiger die Idee sein wird, um so unmöglicher bleibt deren vollständige Erfüllung, solange sie nun einmal von Menschen abhängt. Daher darf auch die Bedeutung des Programmatikers nicht an der Erfüllung seiner Ziele gemessen werden, als vielmehr an der Richtigkeit derselben und dem Einfluß, den sie auf die Entwicklung der Menschheit genommen haben. Wäre es anders, dürften nicht die Begründer von Religionen zu den größten Menschen auf dieser Erde gerechnet werden, da ja die Erfüllung ihrer ethischen Absichten niemals eine auch nur annähernd vollständige sein wird. Selbst die Religion der Liebe ist in ihrem Wirken nur ein schwacher Abglanz des Wollens ihres erhabenen Begründers; allein ihre Bedeutung liegt in der Richtung, die sie einer allgemeinen menschlichen Kultur-, Sittlichkeits- und Moralentwicklung zu geben versuchte."

V. Literatur.

Adolf Hitler: Mein Kampf I.
— Die nationalsozialistische Bewegung (Mein Kampf II).

(Beide erschienen im Verlag Eher, München.)

Feder: Das Programm der N.S.D.A.P. (Verlag Eher, München).
— Bau- und Wirtschaftsbank (Verlag Eher, München).

Jung: Der nationale Sozialismus (Deutscher Volksverlag, Dr. Boepple, München).
— Nationaler oder internationaler Sozialismus? (Flugschrift, erschienen bei Herrmann Freyhoff, Oranienburg).

Dr. Josef Goebbels: Wege ins Dritte Reich (Verlag Eher, München).
— Lenin oder Hitler? (Streiter-Verlag, Zwickau).

Dr. Heinz Quester, Köln: Der Nationalsozialismus, Kritik und Würdigung (Bergische Druckerei und Verlagsanstalt, Elberfeld).

Preußische Druckerei- und
Verlags - Akt. - Ges. Berlin